

Lautertalradweg: ADFC kritisiert die Stadt Donzdorf

Die Radfahrerorganisation ADFC bemängelt die Entscheidung der Stadt Donzdorf, die Umlaufsperrn auf dem Lautertalradweg beizubehalten.

Donzdorf. Der ADFC Göppingen kritisiert, dass Donzdorfs Bürgermeister Martin Stölzle in der Gemeinderatssitzung einen Grundsatzenschluss zum Erhalt aller Umlaufsperrn auf dem Lautertalradweg durchgesetzt habe. In einer Pressemitteilung des ADFC heißt es, dabei seien die vielen in einer Umfrage gemeldeten Unfälle von Radlern an den Sperrn nur unwesentlich berücksichtigt worden. Ebenfalls „völlig inakzeptabel“ ist es nach Meinung der Radfahrer-Organisation, dass die private Grundstücksausfahrt des Grafen von Rechberg der Hauptradverbindung durchs Lautertal gegenüber bevorrechtigt bleiben soll.

Nach dem Beschluss sollen die elf Umlaufsperrn auf einer Streckenlänge von 800 Metern auf dem Lautertalradweg in Donzdorf beibehalten und an Mindeststandards angepasst werden. Dies ist nach Meinung des ADFC deutlich zu wenig. Umlaufsperrn würden aufgrund ihres hohen Sicherheitsrisikos für den Radverkehr vom Gesetzgeber nur noch dann empfohlen, wenn „die Folgen eines Verzichts die Nachteile für die Radverkehrssicherheit übertreffen“. Dieses Risiko bestätige auch eine Online-Umfrage des ADFC Göppingen, die viele, zum Teil folgenschwere Stürze und Verletzungen von Radlern zutage brachte, wie der ADFC in der Pressemitteilung berichtet.

Die Gefahren reichten von Hängenbleiben an den Stangen bis hin zu schlechter Sichtbarkeit der Metallgitter in der Nacht. Außerdem könne der Kreuzungsbereich wegen der Sperrn nicht zügig geräumt werden, wenn Gruppen von Radfahrern unterwegs sind. Der ADFC kritisiert, dass die dem Verband gemeldeten Unfälle keine Rolle bei den Überlegungen der Stadtverwaltung gespielt hätten.

Der ADFC weist darauf hin, dass zwischen zwei extremen Varianten eine Vielzahl von Zwischenlösungen möglich wären. Die Donzdorfer Verwaltung habe jedoch keine Bereitschaft gezeigt, sich mit den alternativen Vorschlägen des ADFC zu den Umlaufschranken zu beschäftigen.

Die Radfahrerorganisation sei aber nach wie vor bereit, in Gesprächen gemeinsam mit der Stadtverwaltung eine für alle Seiten einvernehmliche Lösung zu finden, heißt es in der vom Kreisverbands-Vorsitzenden Dirk Messer unterzeichneten Mitteilung.